

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Mo. allg. 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bankkonto: Post der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 21-5,  
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichs-Verzeichnisse

### Was gabs in Scarborough?

F. K. Es ist fast 60 Jahre her, daß sich die englischen Gewerkschaften ein alle umfassendes Band und eine gemeinsame Ausdrucksstelle in dem jährlich stattfindenden Kongreß schufen. Eine politische Vertretung hatten sie damals nicht, konnten sie auch gar nicht haben, weil die Mitglieder parteipolitisch konservativ, liberal oder gleichgültig waren. Zur Durchsetzung politischer Forderungen wurden jeweils im Unterhaus Abgeordnete zu gewinnen gesucht. Für diese Arbeit wurde später ein besonderer Ausschuß, das parlamentarische Komitee bestimmt, das sich bis in die neueste Zeit erhalten hat und schließlich dem Generalrat der Gewerkschaften Platz machte. Dem Generalrat, der etwa dem Vorstand unseres deutschen Gewerkschaftsbundes entspricht, fielen immer mehr die rein gewerkschaftlichen Aufgaben zu, weil mit der Gründung der Arbeiterpartei die Gewerkschaften eine besondere Stelle zur Vertretung der politischen Forderungen, als auch eine geschlossene Vertretung im Unterhaus erhalten hatte. Die Arbeiterpartei aber war nichts anderes, als der politische Ausdruck der Gewerkschaften; denn diese speisten sie mit Geld, bedekten die sehr hohen Wahlkosten und ernannten die Kandidaten für das Parlament. Vor einigen Jahren wurde dann auch die Nichtgewerkschaften und politischen Körperschaften der Eintritt in die Arbeiterpartei gestattet. Sie erhielt dadurch eine Gruppe von geistig sehr hochstehenden und politisch radikalen Intellektuellen, die bis dahin nur in der unabhängigen Arbeiterpartei, in dem (sozialpolitischen) Verein der Fabier und andern Körperschaften gewirkt hatten. Die Intellektuellen bildeten den linken Flügel der Partei. Ihnen ist eine erfreuliche Befruchtung der Gewerkschaftspolitik zu verdanken und sie gaben der Ende 1923 berufenen Arbeiterregierung das Gepräge.

Die Masse der Gewerkschafter erwartete von der Arbeiterregierung große Dinge. Man nahm an, daß nun ein guter Teil der wirtschaftlichen Forderungen durch den Nachspruch der Regierung erfüllt werden könnte. Zu ihrem Leidwesen aber glaubten viele Gewerkschafter wahrnehmen zu müssen, daß ihre nun herrschende Führerschaft eine Politik betriebe, die sich kaum von der der bürgerlichen Parteien unterscheidet, und daß sie nichts Kennzeichnendes zur Beseitigung der immer drückender werdenden Arbeitslosigkeit und der andern Misse tut. Vergleichen glaubte man feststellen zu müssen bei einer Regierung, die sich in der Hauptsache aus radikalen Führern zusammensetzte. In den gemeinschaftlichen Sitzungen des Vorstandes der Arbeiterpartei und dem gewerkschaftlichen Zentralrat sah es aus, als ob die politische Führerschaft mehr von der Sorge um ihre Stellung als verantwortliche parlamentarische Opposition und um die Erhaltung der Abgeordnetenliste bewegt werde, während die Gewerkschafter die Sorge um die Milderung der vielfältigen Not der Arbeiterpartei für dringlicher hielten. Es zeigte sich, daß die einst radikale politische Führerschaft gemäßigt geworden und der einst gemäßigte Zentralrat nun radikal war. Was früher den linken Flügel bildete, stand jetzt auf dem rechten, und umgekehrt.

Dieser Wandel ist kein Zufall, sondern der Ausdruck des Wandels der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Englands Wirtschaftsnote ist fortwährend brennend, die Schwierigkeiten des Auslandsverkehrs haben sich noch nicht beheben lassen und die Arbeitslosigkeit will nicht abnehmen. Das Unternehmertum trachtet, das vielgestaltige Übel auf seine Weise, durch Kürzung des Lohnes und Verlängerung der Arbeitszeit zu mildern. Der allgemeine Angriff der Zehnjährigen konnte kurzlich abgewiesen werden, aber über kurz oder lang wird der Kampf, davon ist jedermann überzeugt, aufs neue entbrennen, und nicht bloß im Bergbau, sondern auch in den andern Industrien. Von dieser drohenden Möglichkeit und der brennenden Not der Industriearbeiterpartei werden die führenden Kreise der Gewerkschaften bewegt, während die führenden Leute der Partei mehr um deren politische Zukunft besorgt sind.

Aus diesem Stande der Dinge sind einige Anträge an den Gewerkschaftskongreß zu erklären, der die zweite Septemberwoche in Scarborough tagte. Es war unter anderem beantragt worden, den Generalrat vom Parteivorstand zu trennen, dem Generalrat größere Machtbefugnisse zu erteilen, die 1200 und noch mehr selbständigen Gewerkschaftsverbände in eine einzige Organisation zu verschmelzen, eine allumfassende Gewerkschaftsinternationale einschließlich der Russen zu schaffen und die britischen Gewerkschaften zum Umsturz des Kapitalismus zu organisieren. Diese Anträge, schlagwortartig untereinander gestellt, konnten den Eindruck erwecken, als ob die englischen Gewerkschaften, die bislang als die konservativsten im internationalen Reigen galten, eine radikale, eine revolutionäre Gangart annehmen wollten und daß der Kongreß von Scarborough, der sich solche Wandlung beschließen, eine Wegwende der britischen Arbeiterbewegung sei. Dergleichen hatte übrigens die bürgerliche Presse wochenlang verkündet und eine bestimmte Gruppe von Leuten, deren Kenntnis von der Beschaffenheit des trade-unionistischen Geistes jungen Datums ist, mußte ab der Tagung von Scarborough in bolschewistischer Hochschwang geraten.

Der englischen Gewerkschaftsbewegung kann man einen fortschrittlicheren, einen radikaleren Geist mit einer lebhafteren Gangart und eine Vernunftkritik ihrer Organisationsform von Herzen wünschen. Wäre es jetzt dazu auch nur in beschränktem Maße gekommen, wir hätten uns aufrichtig gefreut. Allein, unsere Sehnsucht ist unerfüllt geblieben. Nach Schluß des Kongresses ist jene Presse, die den Kongreß in allen Zonarten als eine revolutionäre Wegwende feierte, verdächtig stumm geworden oder sie versucht, mit vielen Worten ihre Enttäuschung zu übertünchen. Es ging zu Scarborough so wie auf manchem

früheren Kongreß: die sogenannten revolutionären Anträge wurden mit scharfen Reden und heftigen Gesten begründet, dann aber — abgelehnt. John Bull, der kühl Erwägende, liebt wohl den Sport kühner Rede, aber nicht den Sport kühner Schritte auf politischem Felde.

Es war beantragt worden, dem Generalrat die Befugnis zu erteilen, behufs Unterstützung einer Gewerkschaft, die einen lebenswichtigen gewerkschaftlichen Grundsatz verteidigt, andere Verbände zum Streit zu beordern und Sonderbeiträge für alle angeschlossenen Organisationen auszusprechen. Das läuft auf eine Beeinträchtigung der Selbständigkeit der Gewerkschaften hinaus, die auf ihre Selbständigkeit besonders in Geldsachen äußerst erpicht sind. Der Antrag wurde dem Generalrat zur Prüfung überwiesen. Weiter wurde beantragt, eine einzige Organisation zu schaffen. Dieses Verlangen wird den Gewerkschaftern, auch wenn er kein Industrieverbänder ist, höchlichst freuen, der da weiß, daß die englische Gewerkschaftsbewegung in mehr als 1200 selbständige Verbände geschnitten ist. Die Einheitsstellung geht soweit, daß es im Rohrlegergewerbe zum Beispiel einen Verband für Warmwasserrohre und einen für Kaltwasserrohre gibt, die nicht zusammenzubringen sind. In der Sheffielder Messerindustrie gibt es nicht weniger als 22 Organisationen. Indessen, der als besonders revolutionär gefeierte Antrag wurde mit 2,2 gegen 1,6 Millionen Stimmen abgelehnt. Weiter wurde beantragt, die Gewerkschaften sollten sich im Verein mit der Arbeiterpartei zum Sturze des Kapitalismus organisieren und die Gewinnbeteiligung der Arbeiter verurteilen. Diese Forderung könnte fragen heißen, ob sich denn die englischen Gewerkschaften bisher nicht zum Sturze des Kapitalismus organisiert haben. Wie diese Organisierung gedacht ist, läßt sich schwer sagen. Vielleicht einfach durch die Fortsetzung der bisherigen Politik? Das scheint die Meinung allgemein zu sein, denn der Antrag wurde angenommen. Dann wurde, wie schon erwähnt, die Trennung des Generalrates vom Parteivorstand verlangt. Beide wohnten bisher in einem Haus und hatten eine gemeinsame Verwaltung und Presseabteilung. In der Begründung des Antrages kam die Besorgnis zum Ausdruck, durch das enge Zusammenhängen werde die Handlungen- und Entscheidungsfreiheit des Generalrates gehemmt und seine Beschlüsse würden zu sehr von dem Parteivorstand beeinflusst. Vom Parteivorstand des Generalrates wurde ausdrücklich betont, der Antrag bezwecke nichts als eine verwaltungstechnische Maßnahme, von der man eine Erleichterung, Beschleunigung und Verstärkung der Tätigkeit des Generalrates erhoffe. So wurde denn die verwaltungstechnische Trennung und die Beschaffung eines eigenen Hauses beschlossen. Das neue Gewerkschaftshaus wird frühestens in achtzehn Monaten bezogen werden. Der kommunistische Flügel mag hoffen, daß die häusliche Sonderung in eine völlige Trennung zwischen Partei und Generalrat ausartet. Dafür ist jedoch nicht die geringste Aussicht vorhanden. Schließlich wurde in einer Entschließung der Tagesplan beurteilt, weil er die Verflüssigung der deutschen Arbeiter bewirke und an der schlimmen Lage der englischen Industrie schuld sei, auch wurde der Generalrat beauftragt, an der Schaffung einer allumfassenden Gewerkschafts-Internationale weiter zu wirken.

Die Rede des Vertreters der sowjetrussischen Gewerkschaften, Tomski, wurde beifällig aufgenommen und ihm, wie berichtet wird, eine goldene Uhr und seiner Gattin ein wertvolles Halsband überreicht. Englische Gastfreundschaft weiß, was sich gehört.

Die Grundstimmung des Kongresses wird durch das Ergebnis der Wahlen dargestellt. In den Generalrat wurden zwei weit rechts stehende Persönlichkeiten, nämlich der Eisenbahner Thomas und Fräulein Bondfield neu gewählt, welche letztere als die künftige Vorsitzende des Rates bezeichnet wird. Diese Neuwahl kann nicht anders gedeutet werden, als daß die überwältigende Mehrheit des Kongresses wünscht, daß der rechte Flügel des Generalrates verstärkt werden und das Verhältnis zum Parteivorstand innig bleiben soll.

Nimmt man zur Beurteilung des Kongresses von Scarborough nicht die ihm unterbreiteten Anträge und seine Reden, sondern das, worauf es ja doch besonders ankommt, nämlich seine Beschlüsse und die in diesen zutage tretende Grundstimmung, so muß man sagen, daß er nicht anders war als viele frühere Kongresse auch. Gewiß entsprachen der veränderten, der besonders schwierigen Lage Englands neue Gedanken und Bestrebungen, die in Scarborough zu grundsätzlichen und organisatorischen Formen für den gewerkschaftlichen Tageskampf zu kommen trachteten. Bei dem Versuch hatte es kein Bemenden.

Die Mehrheit des Kongresses will wohl, daß der Generalrat möglichst schnell und wirksam handeln kann, aber im Einverständnis mit dem Parteivorstand. Sie läßt nicht ungern die Verminderung der ungelieblichen kleinen Verbände, aber jeder einzelne macht eifrig über seine Selbständigkeit. Sie lehnt es ab, dem Generalrat größere Machtbefugnisse zu erteilen, weil sie nicht will, daß der Generalrat zu einem übermächtigen Generalstab wird. Sie wünscht eine auch die Russen mit umfassender Internationale, weil man davon eine Besserung der englischen Wirtschaftslage und eine Stärkung der englischen Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum erwartet; aber schon aus diesem Grunde sollen die Beziehungen zur Amsterdamer Internationale nicht getrübt, sondern gepflegt werden. Und damit ihr Wille ganz unmissverständlich zum Ausdruck kommt und danach gehandelt wird, hat die Kongressmehrheit den rechten Flügel des Generalrates verstärkt.

### Verteuerung statt Verbilligung

Der Reichskanzler Dr. Luther hat für den 1. Oktober Verbilligungsmaßnahmen vorausgesagt. Dr. Luther wollte in der Zeit, wo die Vorbereitungen für die Verbilligung hätten getroffen werden sollen, in Ferien; aber in den Schreib- und Sprechzimmern der Regierung und der Unternehmerverbände ist eifrig die Verbilligung behandelt worden, ja sogar Entschlüsse wurden gefaßt, auch ein Erfolg wurde erzielt: Es wurde die Verteuerung des Zentners Weizen — um einen Reichspfennig durch den Berliner Kohlenhandel verhindert. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß noch irgendjemanders eine ähnliche Preisentwertung erreicht wurde. Gehört haben wir freilich noch nichts davon.

Allerdings ist der Preisstand des Großhandels die letzten Wochen ziemlich niedriger geworden. Die rückläufige Bewegung der Preise des Großhandels ist eine Folge der guten Ernte, des stöckenden Absatzes u. dergl. Es handelt sich hier um ganz natürliche Ergebnisse aus dem Rohstoffmarkt und aus der Geschäftslage der internationalen Wirtschaft und auf dem internationalen Markt. Sie ist der Regierung Luther nicht zu verdanken. Ihr Verlangen besteht darin, daß sie nicht fähig war, diese Verbilligung der Großhandelspreise auf den deutschen Kleinhandel zu übertragen. So sind zum Beispiel in Deutschland, entsprechend der Preisbewegung auf den internationalen Märkten, die Getreidepreise stark gefallen. Diese rückläufige Bewegung der Getreidepreise hat sich aber im Kleinhandel nicht ausgewirkt. Die Brotpreise haben nur ein ganz klein wenig nachgegeben, während der Mehlpreis sogar gestiegen ist. Der Arbeiter, der naturgemäß neben Brot auch Mehl verbraucht, hat so von der Senkung der Getreidepreise gar nichts. So aber ähnlich steht es auch um das Verhältnis zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreisen bei anderen Waren. Der Erfolg ist für den Verbraucher eine verteuerte Lebenshaltung, wie sie auch der vom Reichsstatistischen Amt errechnete Teuerungszähler zum Ausdruck bringt. In Wirklichkeit ist aber die eingetretene Teuerung viel schärfer, als die amtliche Teuerungszahl angibt. Wir verweisen nur auf die Steigerung der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel, wie sie sich im Monat August vollzogen hat. Es ergibt sich auf Grund der Feststellungen der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer folgendes:

	Ende Juli (Juli/August 1925 = 100)	Ende August
Brot	136	184
Roggenmehl	146	143
Butter	162	179
Margarine	114	114
Rindfleisch	149	156
Schweinefleisch	167	227
Wäghen	106	130
Schellfisch	157	217

Die Beispiele könnten beliebig vermehrt werden. Sie ergeben eine wesentliche Verteuerung und stellen einen doppelten Fehlschlag der Verbilligungsaktion der Reichsregierung dar, der es durch das Fallen der Preise für viele wichtige Großhandelswaren doppelt leicht gemacht wurde, senkend auf die Kleinhandelspreise einzuwirken. Sie hat es nicht vermocht und nicht getan. Das ist das Ergebnis der Verbilligungsaktion, das nicht modifiziert werden kann und mit dem gerechnet werden muß.

Wir wissen, daß einer der Hauptwünsche und einer der Hauptgründe der Lutherschen Verbilligungsaktion das Ziel war, die Lohnforderungen der Gewerkschaften hintanzuhalten. Man wollte durch große Gesten und schöne Versprechungen die notwendige Anpassung der Löhne an den Teuerungszustand verhindern. Die tatsächliche Preisentwicklung hat die Absicht dieser Aktion enttäuscht. Die Teuerung rast durchs Land und die Arbeiterpartei lehnt es ab, Opfer einer unfinnigen Politik zu sein. Sie verlangt ihr Recht, den notwendigen Ausgleich der in den letzten Wochen eingetretenen und sich weiter verschärfenden Teuerung und wird das Mittel der Organisation mit allem Nachdruck benutzen, um ihre nur zu berechtigten Forderungen durchzusetzen.

### „Nur Arbeit kann uns retten!“

Seit im Kriege sich der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft offenbarte, und seit nach Beendigung des Krieges die Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus vor uns steht, haben die deutschen Unternehmer eine Reihe von Parolen für diesen Wiederaufbau ausgegeben, die sie unermüdlich wiederholen — z. B. gegenwärtig wieder auf dem deutschen Bankierstag zu Berlin. Von Zeit zu Zeit ist es nötig, sich mit diesen Parolen zu beschäftigen. Denn da sie meist ganz einleuchtend klingen und aufeinander selbstverständliche Wahrheiten ausdrücken, so liegt stets die Gefahr nahe, daß eine Anzahl Arbeiter irre geleitet und verwirrt wird. Gerade dadurch, daß die Herren das, was sie da sagen, höchstwahrscheinlich selbst glauben (paßt es doch vorzüglich in kapitalistische Gedankengänge), wirkt es um so gefährlicher.

Z. B. der Satz: „Nur die Arbeit kann uns retten“, der uns seit November 1918 unaufhörlich um die Ohren gest. Wer wollte an seiner Richtigkeit zweifeln? Eine zusammengebrochene Wirtschaft, ein Haufen Trümmer, hungernde Menschen, Mangel an Notwendigsten — so sah die Erbschaft aus, die uns der Krieg hinterlassen hatte. Es ist ganz klar, daß man da nur durch Arbeit, durch unermüdbare harte Arbeit heraus und zu menschenwürdigen Zuständen gelangen kann. Also ist es doch ganz richtig, was die Unternehmer sagen, und man muß sich eigentlich wundern, daß sie so Selbstverständliches, was jeder-

mann weiß und niemand bestreitet, überhaupt aussprechen und noch obendrein all die Jahre über wiederholen. Warum tun sie das?

Vergleichen wir die damaligen Zustände mit den heutigen, so ist ein gewisser Fortschritt natürlich nicht zu leugnen. Ganz so schlimm wie damals ist es heute nicht mehr. Aber richtig aufgebaut ist auch nicht. Das, was man sich von siebenjähriger Arbeit versprechen durfte, ist nicht erreicht. Sogar die Zustände, die wir vor dem Kriege hatten und die doch noch jetzt verbesserungsbedürftig waren, sind noch bei weitem nicht wiederhergestellt.

Die Unternehmer machen sich die Antwort leicht. Sie sagen: Das liegt daran, daß einerseits die Siegerstaaten maßlos übertriebene Ansprüche erheben, andererseits die Arbeiter nur mit dem Munde, nicht mit der Tat die Notwendigkeit vermehrter Arbeit zugeben. Aber warum sollen wir glauben, daß das jebige Geschlecht sozial weniger tauglich als alle früheren? Hat es nur dieselben durchschnittlichen Eigenschaften wie alle früheren, so müßte der Aufbau in sieben Jahren ebenfugot gelingen sein wie ehemals. Und überdies, noch im Juli 1925, mitten im Sommer, gab es in Deutschland 200 000 Unterstützungsempfänger, also mindestens 600 000 Arbeitslose neben unzähligen Kurzarbeitern.

Wo also steckt der Haken? Darin, daß die Kapitalisten mit ihrer Parole etwas anderes meinen, als das unbeschangene und unberühmte Menschentum herausstelt. Wenn die Kapitalisten sagen, „nur Arbeit kann uns retten“, so meinen sie in Wirklichkeit: nur unbezahlte Arbeit kann den Kapitalismus retten.

Wir wollen uns das an einem Beispiel klar machen. Mitten im Kriege, als die kaiserliche Regierung noch ihre volle Autorität besaß und der (angebliche) Patriotismus der Besitzenden ihr überdies zu Hilfe kam, war die Steigerung der Produktion bekanntlich mindestens ebenso sehr eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland wie heutzutage. Die Regierung versuchte, sie durch Vorschriften und Verordnungen herbeizuführen. Aber das gelang ihr nur dann, wenn die Kapitalisten dabei einen höheren Profit erzielten, das heißt durch entsprechende Steigerung der Preise oder Senkung der Arbeitslöhne (was in der Wirkung auf eins herauskommt).

Das ist nur ein Beispiel von unzähligen. Gerade am dieselbe Zeit — Dezember 1916 — hatte die Regierung für die Produkte des Stahlwerksverbandes einen Höchstpreis gesetzt. Die Folge war, daß auch die Stahlwerksarbeiter auf den Kampf um die „Not des Vaterlandes“ und dessen Bedarf an Stahlwaren, sondern anfangen, ihr Halbgang weiter zu betreiben.

Sodessen hat es wenig Zweck, hierüber moralische Behauptungen anzustellen. Man muß sich vielmehr klar sein, daß der Kapitalist gar nicht anders handeln kann.

betreft sein Wert nicht, um irgend einen Bedarf zu befriedigen, sondern um Profit zu machen. Tut er das nicht, geht er zugrunde. Tut er es aber, so wird der Bedarf gerade nur so weit befriedigt, wie das mit der Profitsteigerung verträglich ist. So war es damals, so ist es heute.

Nun haben sich die Zeiten durch das fortgesetzte Wachstum des Kapitalismus geändert. Jahrhundertlang wurde der Profit durch Produktionssteigerung vermehrt. Daher die märchenhafte Vermehrung des sachlichen Reichtums, der massenhaften Verbrauchsgegenstände, die der Kapitalismus herbeigeführt hat. Aber im Zeitalter der Monopole, der Kartelle und Trusts wurde die Grenze erreicht, wo weitere Ausdehnung der Produktion den Profit nicht mehr steigert. Einschränkung der Produktion hieß jetzt die Parole, wieder ohne jede Rücksicht auf den Bedarf. Der Ausbruch des Weltkriegs ist die Folge dieser Entwicklung. Unter solchen Umständen kann die Erhöhung des Profits nur noch durch Verschärfung der unheimlichen Ausbeutung erfolgen.

Das ist der Sinn der jetzigen Unternehmerparole. Von den hier entwickelten Zusammenhängen wissen sie freilich nichts. Sie haben es im Gefühl, daß der Kapitalismus zusammenbrechen muß, wenn ihm nicht eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiter gelingt. Kapitalismus aber ist ihnen gleichbedeutend mit der Wirtschaft überhaupt. Sie glauben es nicht und können sich nicht vorstellen, daß man auch anders als kapitalistisch wirtschaften kann. Verfall der Kapitalismus, so dünkt ihnen das ein Aufhören aller Wirtschaft, ein jammervolles Verhungern der Menschheit. Daher der heilige Eifer, womit sie ihr Sprüchlein herjagen.

Was ist nun dazu zu sagen? Dies, daß der Spruch: „Nur Arbeit kann uns retten“ an sich richtig ist. Aber es darf keine Arbeit unter der Fuchtel des Kapitalismus sein. Es muß die Arbeit sein in einer planmäßig geordneten Wirtschaft, die nicht danach fragt, was der einzelne bezahlen kann, sondern was er braucht, und die ihm alles Nötige liefert gegen die Verpflichtung, auch seinerseits nach seinen Kräften und Fähigkeiten für die Gesamtheit zu arbeiten. Nur Arbeit kann uns retten, aber nicht die unbezahlte Arbeit des Kapitalismus, sondern die planmäßige Gemeinschaftsarbeit des Sozialismus. J. B. K. u. S.

### Nachklänge von Breslau

Es wird uns geschrieben: Die Arbeiter-Zeitung bringt in ihrer Nr. 37 eine Besprechung des Breslauer Gewerkschaftskongresses. Nicht nur der ironische Tonfall des Aufsatzes, auch Teile des Inhalts gleichen durchaus der kommunistischen „Kritik“. Um den Kongreß herabzusetzen, werden Fiktionen — kommunistischen Zitierten gebrauch. Diese Besprechung gibt kund, daß im gegnerischen Lager keine Trauer darüber herrscht, daß es in Breslau nicht zu „Explosionen“ gekommen ist, und man hört heraus, daß die Kapitalisten großen Gefallen daran haben, daß die in den Gewerkschaften selbstverständlichen Meinungsverhältnisse künstlich vertieft werden. Daß in Breslau die Verhandlungen ruhig, sachlich und brüderlich geführt wurden, ist den Unternehmern genau so auf die Nerven gegangen wie der Kommunismus. Die Arbeiter-Zeitung ist aber weiterhin offen genug, einzugehen: „Die Lage der deutschen Arbeiter ist ernst genug und der ungelösten sozialen Fragen sind so viele...“ und daß sie vom Gewerkschaftskongreß neue „Bewegung erwarten mußte“. Eigenmächtig. Warum haben denn die Unternehmer bisher alle, besonders die Sozialpolitik betreffenden Vorschläge abgelehnt und die vom ADGB und den ihm angeschlossenen Gewerkschaften eingeschlagenen sozialpolitischen Wege für ungangbar erklärt? Die Arbeiter-Zeitung ist der Meinung, daß die Arbeiter-Zeitung unter den Lippen des Verfallers-Vertrages leidet. Sehr richtig. Aber wo er hat denn den Krieg und damit keine Folgen veranlaßt? Auch diese Feststellung heute immer noch gemacht werden? Industrie und Handel haben alle Kosten auf die unieren Schichten abgewälzt. Die Zoll- und Steuerpolitik der jetzigen Reichsregierung ist Beweis genug dafür. Nichts haben die Unternehmer getan, um durch Verständigung der Wähler die Kosten zu mindern. Die erfolgreiche Arbeit der Gewerkschaften zur Verständigung der Wähler und zur Bekämpfung der Kriegsfolgen wurde oft genug in den Spalten der Arbeiter-Zeitung verhöhnt.

Der Schreiber des betreffenden Aufsatzes ist unzufrieden, weil der Kongreß sich die in der bekannten Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände an die Reichsregierung gemachten Vorschläge zur „Hebung der Wirtschaft“ nicht zu eigen gemacht hat. Man sollte wirklich glauben, daß der Arbeitgeber-Zeitung oder ihrem Mitarbeiter die Stellungnahme des Bundesvorstandes zu dieser Denkschrift genügen sollte. Es hätte nahegelegen, daß man auf dem Kongreß wenigstens die grundsätzliche Vereinbarkeit der freien Gewerkschaften betonte, gemeinsam mit den Arbeitgebern Mittel und Wege zu erörtern, wie der Not des kommenden Winters begegnet werden könne, meint der Kritiker. Er will zunächst nur erörtern. Was bei solchen „Erörterungen“ herauskommt, kennen die freien Gewerkschaften nur zu gut! Will die Arbeiter-Zeitung mit der Forderung nach gemeinsamen Beratungen einen Schritt zur Wirtschaftsdemokratie tun? Die Selbstadvokaten brauchen nur dafür einzutreten, daß der Artikel 166 der Verfassung vom 11. August 1919 endlich zur Durchführung gebracht wird. Aber der Verfasser des besagten Aufsatzes läßt sich nicht durch diese Erwägungen bewegen, sondern will die Arbeiter-Zeitung dazu dienen sollen, eine möglichst lange Arbeitszeit und niedrige Löhne zu erreichen. Dadurch glaubt er die Wirtschaft retten und „der Not des kommenden Winters begegnen zu können“. Denn man ist! Die Tatsache, daß auch Betriebe mit zehn- und elfstündiger Arbeitszeit sich vor der Schließung nicht retten konnten, muß beachtet werden.

Daß die Partei eine Mobilisierung der Massen will, um eine Stärkung der Gewerkschaften herbeizuführen, ist der Arbeitgeber-Zeitung in Breslau gerne mehr Unruhe und Uneinigkeit gegeben, das andere Mal nicht Erziehung zum gewerkschaftlichen Denken, sondern zur „Gemeinamkeit“. Daß unsere Gegner an dem Breslauer Kongreß weniger Freude haben, als an dem Nürnberger und Leipziger, ist Genugtuung und Lehre zugleich. B. P.

### Brotvucher durch Einfuhrschein

Die für den 1. Oktober 1925 vorgesehene Wiedereinführung des Einfuhrscheins ist die natürliche Ergänzung der Wiedereinführung der Agrarzölle. Schon vor dem Kriege war der Einfuhrschein für unstritten. Er gestattete dem deutschen Landwirt die Ausfuhr von Getreide, wenn auch der ausländische Getreidepreis niedriger war als der deutsche. Die Ausfuhr wurde eben durch die Möglichkeit, daß dem deutschen Agrarier bei Ausfuhr von Getreide der Zoll in Form eines Einfuhrscheins vergütet wurde auf Grund des Einfuhrscheins konnte der Landwirt gleiche Mengen von Getreide zollfrei einführen. Da aber die Einfuhr von anderen Waren auf Grund dieses Scheines auch möglich war, wurde dieser Einfuhrschein verkauft und an den Börsen wie bares Geld gehandelt. So wurde der Einfuhrschein nichts anderes als eine Liebesgabe der Regierung an die Großlandwirtschaft. Andererseits wurde aber durch die so begünstigte Ausfuhr von deutschem Getreide der Bestand an Getreide in Deutschland knapp gehalten, worauf ohne Zweifel die hohen Vorkriegsgetreidepreise in Deutschland zurückzuführen sind.

Dieselben Zusammenhänge werden jetzt nach Wiedereinführung des Einfuhrscheins zutage treten. Man kann sagen, daß der ganze Agrarort für den deutschen Agrarier ohne Einfuhrschein wenig Zweck hat. Erst mit Hilfe des Einfuhrscheins wird er in der Lage sein, den Getreidezoll voll auszuschöpfen zu können. Augenblicklich zeigen sich die Getreidepreise in Deutschland sinkend. Das entspricht der Markt- und Preislage auf dem Weltmarkt. Es ist aber heute schon vorauszuweisen, daß die deutsche Landwirtschaft große Teile der Ernte zu fälligen Preis auf den Weltmarkt werfen wird. Grundhabe dazu bietet der Einfuhrschein. Der Erfolg wird sein, daß das deutsche Volk die verschuldete Ernte später zurückzahlen muß. Es bezahlt dann neben der Liebesgabe an die Großlandwirtschaft noch den durch Zoll erhöhten teureren Weltmarktpreis. Das nennt die Regierung Verbilligungspolitik. Bemerkenwert ist nur, daß der Einfuhrschein, der sehr wertvoll wirkt, am demselben 1. Oktober in Kraft treten wird, für den der Reichsminister Dr. Lutzner keine Verbilligungsmassnahmen vorausgesehen hat.

### Viel Klagen, aber hohe Dividende

Bei den Lohnverhandlungen haben die Unternehmer immer wieder auf die schlechte wirtschaftliche Lage verwiesen, die es ihnen verbietet, den Lohnforderungen der Arbeiterzeitung nachzugeben. Deshalb ist man über die Höhe der Dividende einer Reihe von Betrieben überrascht. Besonders gilt das für die Textilindustrie, wo die Löhne besonders niedrig sind und der Widerstand der Fabrikanten gegen die berechtigten Lohnforderungen besonders groß ist. So erzielte die Blauer Gardinenfabrik einen Reingewinn von 248 157 M., aus dem sie 10 bis 12 vH Dividende verteilt. Auch die Weiskaler Spinnerei und Weberei A.-G. in Mittweida kann eine Dividende von 7 bis 10 vH zur Ausschüttung bringen. Ihr steht die Trilogenfabrik A.-G. in Leipzig-Lindenau nicht nach, die aus einem Reingewinn von 86 072 M. eine Dividende von 10 vH verteilt.

Die chemische Fabrik August Wegelin in Kalkreuthen kündigt eine Dividende von 12 vH an. Sie wird von dem Süßfilm in Frankfurt a. M. übertroffen, der 15 vH verteilen wird. Die Varmer Kreditbank kündigt 6 vH an, wenn nicht, wie in der Antikündigung bemerkt wird, noch eine höhere Dividende gezahlt wird. Gerade die Antikündigung der Varmer Kreditbank verdient doppelte Beachtung. Die Bank gehört dem sogenannten Rheinlandkonglomerat an und hat keine gute Geschäftslage hinter sich. Wenn sie trotzdem 6 vH und mehr verteilen kann, so beweist das nur, wie sehr sich der heute übliche Zinswucher für die Banken rentiert. Aber auch die Schwerkundurtheil scheint bessere Geschäfte zu machen, als je gegeben will. So künden die vereinigten Stahlwerke von der Thyssen und Wißener Eisenwerke eine Dividende von 10 vH an.

Die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch. In dem Gesetz über Zolländerungen vom 17. August 1925 hat die Regierung die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch gestattet. Den Arbeitervertretern ist es auch gelungen, den Verkauf dieses zollfrei eingeführten Gefrierfleisches zur Sache der Gemeinden zu machen. Dadurch haben die Gemeinden auf jeden Fall ein Mittel in der Hand, regulierend auf die unerhöht hohen Fleischpreise einzumwirken. Eine Reihe von Städten, so Berlin, hat bereits eine entsprechende Regelung vorbereitet. Die Reichsregierung hat nun eine Verordnung erlassen, die die Einfuhr von zollfreiem Gefrierfleisch entsprechend den Bestimmungen über den Verkauf durch die Gemeinden näher regelt. Danach kann die Einfuhr von zollfreiem Gefrierfleisch nur auf Grund eines Berechtigungsscheins durchgeführt werden, der vom Reichs ernährungsministerium ausgestellt wird. Der Schein kann nur solchen Personen oder Firmen ausgestellt werden, die nachweisbar bereits im Kalenderjahr 1924 Gefrierfleisch nach Deutschland eingeführt haben. Auf Grund dieses Nachweises bestimmt der Reichs ernährungsminister die Höhe der zollfreien Gefrierfleischzufuhr. Die Einfuhr wird grundsätzlich von der Bedingung abhängig gemacht, daß das zollfrei eingeführte Gefrierfleisch nur in solchen Verkaufsstellen abgesetzt wird, die von Gemeinden bestimmt und überwacht werden. Die Verkaufsstellen haben beim Ankauf von Gefrierfleisch dem Verkäufer eine Bestätigung ihrer Gemeinden vorzulegen, daß sie sich der Überwachung durch die Gemeinden unterwerfen.

### Kostenberechnung

Von Fritz-Josef Hugo Reitz

Was versteht man unter Kostenberechnung (Kalkulation) die Ermittlung der Selbstkosten und die Berechnung des Verkaufspreises für fertige Gegenstände. Die Selbstkosten setzen sich aus folgenden Teilen zusammen: Materialkosten, Arbeitslöhne und allgemeine Geschäftskosten. Der Verkaufspreis setzt sich zusammen aus Materialkosten, Arbeitslöhne, allgemeine Geschäftskosten und Gewinn. Bei der Berechnung der Materialkosten bestimmt man zunächst das notwendige, aber wie man auch sagt, das zweckmäßigste Gewicht unter Berücksichtigung des spezifischen Gewichtes. Handelt es sich um Rohmaterial, zum Beispiel Eisen, Stahl, Kupfer, so kann man die Gewichte je laufenden Meter aus den Gewichtsstabellen entnehmen. Bei der Gewichtsbestimmung muß ein gewisser Zuschlag, etwa 10 bis 20 vH für Materialschuß oder Abbrand, Fracht, Zoll, Verpackung, Lagerung des Materials usw., eingerechnet werden. Bei der Bestimmung der Arbeitslöhne wird zunächst die erforderliche Arbeitszeit festgestellt. Die Arbeitszeit wird dann mit dem jeweiligen Lohnsatz berechnet. Man muß hierbei nur die Arbeitslöhne eingehen, die auf unmittelbare Herstellung des Gegenstandes verwendet werden. Man nennt diese, weil sie an der Herstellung beteiligt sind, Produktionslöhne. Die unproduktiven Löhne, nämlich die Löhne der Hilfsarbeiter, Maschinenführer, Tagelöhner, Arbeiter, Techniker und kaufmännischen Beamten, die mit der Herstellung unmittelbar nichts zu tun haben, werden in den allgemeinen Geschäftskosten verrechnet.

Die allgemeinen Geschäftskosten setzen sich wie folgt zusammen: 1. Fabrikantenkosten: Fabrikarbeiter, Ingenieur, Zementarbeiter, Heizung, Beleuchtung, Friseur, Kasse, Betriebskassier, Abschreibung, Zinsen, Post.

- 2. Fabrik- und Handelskosten: Gehälter und Bürokosten, Porto, Telegramme, Fernsprecher, Umkleekamer, Skonto. 3. Handelskosten: Druckkosten, Anzeigen, Reisekosten, Provisionen.

Die allgemeinen Geschäftskosten können nicht in der Weise für jedes Arbeitsstück berechnet werden wie die Materialkosten und die produktiven Löhne. Sie müssen jedoch so auf die erzeugten Gegenstände verteilt werden, daß am Ende des Abrechnungsjahres alle Unkosten gedeckt sind. Eine allgemein gültige Art der Verteilung der allgemeinen Geschäftskosten läßt sich nicht angeben. Sie wird für jeden Betrieb eine andere sein müssen. Die produktiven Löhne sind der Maßstab der Produktion, und man bezieht die allgemeinen Unkosten auf die produktiven Löhne. Bei man zum Beispiel am Schluß eines Monats an Gehaltslisten 1050 M. ermittelt und getragen die produktiven Löhne für einen Monat 700 M., so läßt sich der Unkostenfaktor wie folgt berechnen:

$$Z = \frac{1050 - 700}{700} = 0,5 = 50 \text{ vH der produktiven Löhne}$$

Betragen ferner am Schluß eines Monats die Fabrik- und Handelskosten 300 M., so beziehen wir diese Summe ebenfalls wieder auf die produktiven Löhne und wir erhalten:  $\frac{300}{700} = 0,43 = 43 \text{ vH der produktiven Löhne}$ . Betragen ferner die Handelskosten 150 M., so ergibt sich  $\frac{150}{700} = 0,21 = 21 \text{ vH der produktiven Löhne}$ . Also beträgt der ganze Unkostenfaktor  $50 + 43 + 21 = 114 \text{ vH der produktiven Löhne}$ . Diesen Unkostenfaktor, den man auch „Generalia“ bezeichnet, ist für eine richtig aufgestellte Kalkulation unbedingt notwendig, um wirtschaftlich zu arbeiten.

In großen Betrieben, die mehrere Abteilungen, wie Dreherei, Schloßerei, Schmiede usw. haben, werden die Unkosten für jede Abteilung ermittelt. Man rechnet nicht mit allgemeinen Geschäftskosten des ganzen Betriebes. Wie man für einen Gegenstand die Material- und Lohnkosten ermittelt, legt man auch die allgemeinen Unkosten der Einzelbetriebe ein, die er zu seiner Verarbeitung durchlaufen muß. Der Gewinn schwankt zwischen 10 und 25 vH des Selbstkostenpreises. In schlechten Zeiten wird man mit niedrigerem, in besseren Zeiten mit höherem Gewinn rechnen. Um ein klares Bild einer Kalkulation zu bekommen, will ich hier einige Beispiele anführen: Es soll der Verkaufspreis einer Wasserpumpe, eingerichtet für elektrischen Antrieb, festgestellt werden.

a) Materialverbrauch (einschließlich Abfall usw.):  
1500 kg Gußeisen, Preis je 100 kg . . . . . 40 M.  
125 „ Stahlguß . . . . . 80 „  
80 „ Schmiedeeisen . . . . . 75 „  
20 „ Rotguß . . . . . 130 „

b) Produktive Löhne: 206 Stunden zu 4,80 M.  
c) Allgemeine Geschäftskosten (Generalia) 214 vH.  
d) Gewinn 15 vH.

Sortalkulation:  
Zu a. 1500 kg Gußeisen kosten . . . . . 1500,40  
100 „ . . . . . 100 „  
125 „ Stahlguß . . . . . 125,80  
100 „ . . . . . 100 „  
80 „ Schmiedeeisen . . . . . 80,75  
100 „ . . . . . 100 „  
20 „ Rotguß . . . . . 20,120  
100 „ . . . . . 100 „  
1726 kg Material kosten . . . . . 784, - P.

# Der Gewerkschaftskongress zur Organisationsfrage

Was in dem Beschlusse des Breslauer Gewerkschaftskongresses in der Organisationsfrage ausgesprochen wird, sind eigentlich nur Selbstverständlichkeiten, ebenso wie das, was man in betreff der Entwicklung zum Industrieverband schon in früheren Entschliessungen niedergelegt hat. Nur hat man sich nach den Beschlüssen nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit gerichtet, wenn man nicht gar im Nachhinein das umwarf, was man im Vorderhinein gebaut hatte. Das geht schon so seit dem ersten Gewerkschaftskongress, also seit 83 Jahren. 1891 hatte Karl Legien im Auftrage einer Gewerkschaftskonferenz eine Vorlage für den geplanten Gewerkschaftskongress veröffentlicht, wonach Zentralvereine der einzelnen Berufe gebildet werden sollten. Dagegen erhoben sich jedoch zahlreiche Stimmen, namentlich aus den Kreisen der Metallarbeiter und der Holzarbeiter, und der 1892 zu Halberstadt abgehaltene Kongress nahm eine Erklärung der Holzarbeiter an, wonach der Industrieverband in denjenigen Berufsgruppen vorzuziehen ist, wo die Verhältnisse ihn zulassen. Wo er nicht durchführbar erschien, sollte durch Bildung von Unionen diese Möglichkeit herbeigeführt werden. Um diesen Beschlüssen kam man sich nicht viel, und in den folgenden Jahren kam es darum wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen wegen der Organisationsform, hauptsächlich in der Metallindustrie. Letztere nahm zu der Zeit einen gewaltigen Aufschwung in Deutschland und große Arbeitermassen strömten ihr zu. Unser Wunsch, daß nunmehr auch ähnliche in den Betrieben doch so sehr aufeinander angelegene Berufe der Metallindustrie auch einem einzigen, einheitlich geleiteten Verbände angegliedert hätten, fand jedoch nur geringes Verständnis nicht nur bei den Vertretern der Berufsverbände in der Metallindustrie, sondern auch bei den übrigen Gewerkschaften. Man fürchtete offenbar, der Metallarbeiter-Verband würde dann im Vergleich zu den anderen Verbänden zu stark werden und auf die ganze Gewerkschaftsbewegung einen zu großen Einfluß ausüben. Die Metallarbeitergewerkschaften gälten damals bei manchem sonst recht vernünftigen Genossen als „unerwünschte Bürger“. Unsere Hoffnung, daß der dritte Gewerkschaftskongress (Frankfurt 1900) eine Klärung bringen werde, wurde enttäuscht. Im Gegenteil kam es infolge einseitiger Anstrengung der dort angenommenen „Resolution Basse“ dazu, daß die Verwirklichung noch größer wurde, so daß der 4. Gewerkschaftskongress sich genötigt sah, die Resolution aufzugeben. Die Frage der Grenzstreitigkeiten zwischen den Industrieverbänden und den Berufsverbänden wurde dem 5. Kongress zur Lösung überlassen und die Generalkommission beauftragt, zunächst einmal ein „Provisorium“ auszuarbeiten. Dieses wurde auf einer im Februar 1906 abgehaltenen Konferenz der Verbandsvorstände vereinbart und erhielt infolgedessen einen Fortschritt, als es aussprach, daß die gewerkschaftliche Entwicklung sich „unverkennbar in der Richtung des Zusammenflusses zu großen, leistungsfähigen Verbänden“ vollziehe. Dann wurde aber noch in schlechtem Deutsch hinzugefügt: „Äußere Eingriffe in diese sich selbst vollziehende Entwicklung würden diese nicht fördern, sondern nur erschweren und stören und erweist sich deshalb eine endgültige Grenzregulierung durch Konferenz- oder Kongressbeschlüsse als ununtunlich.“

In den folgenden Jahren gab es, namentlich bei großen Kämpfen, manchen Streit unter den beteiligten Verbänden. Die Generalkommission versuchte diesem Uebelstande zu steuern, indem sie zum 6. Gewerkschaftskongress (München 1914) ein „Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften“ einbrachte, worin zwar viel von der Regelung der Grenzstreitigkeiten und von der Unterstützung bei Streiks und Aussparungen die Rede war, das für die Durchführung der Lohnbewegungen den einzelnen Verbänden jedoch völlige Selbständigkeit zuerkannte.

Auf diesem Kongress ging es wieder einmal hoch her, aber nicht wir waren diejenigen, auf denen Holz gehaßt wurde, wie es schon früher geschah war. Unser Verband litt unter dem Uebelstande, daß in den Großbetrieben der Metallindustrie bis zu 80 Verbände vertreten waren. Wenn wir aber Forderungen von der Art erhoben hätten, wie der Fabrikarbeiterverband sie damals erhob — na, der Spektakel, den es dann gegeben hätte! Der Fabrikarbeiterverband forderte, daß in den chemischen Fabriken sich auch die gelernten Arbeiter ihm anzuschließen hätten. Obwohl dieser Verband den Anspruch erhob, der allein richtige Vertreter der ungelernten Arbeiter in Betrieben jeder Art zu sein, hat er bekanntlich von jeher gern gelernte Arbeiter aufgenommen und mit Vorliebe an verantwortliche Stellen gestellt. Ich kann hier nicht in Einzelheiten eingehen. Hervorzuheben ist hier nur noch, daß das angenommene Regulativ über die Organisationsform folgendes sagte:

Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich unverkennbar in der Richtung des Zusammenflusses der Organisationen zu großen, leistungsfähigen Verbänden und die fortschreitende Technik bedingt mehr als jeher die Durchführung der Ungelernten und Hilfsarbeiter zu den für sie zuständigen Berufs- bzw. Industrieverbänden. In diese sich vollziehende Entwicklung durch Konferenzen oder Kongressbeschlüsse einzugreifen, erweist sich so lange als ununtunlich, als nicht durch Streitigkeiten über die Abgrenzung des Organisationsgebietes sich ernste und dauernde Störungen des Zusammenwirkens der Gewerkschaften ergeben.

Auf dem 1919 zu Nürnberg abgehaltenen 10. Gewerkschaftskongress wurde die bisherige lose Zusammenfassung der Verbände mit der Generalkommission an der Spitze in den etwas festeren Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund umgewandelt. Im § 4 der Bundesstatuten wurde zwar wiederum gesagt, daß die gewerkschaftliche Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenflusses zu großen, leistungsfähigen Verbänden vollziehe; in den folgenden Paragraphen wurde aber gründlich dafür gesorgt, daß den noch vorhandenen Berufsverbänden und -verbänden kein Dörnchen gekrümmt wurde.

Zu h. 265 Stunden zu 4,80 M.	= 1272,— M.
214 vH allgem. Geschäftskunsto.	214 · 1272 = 2722,08
	100
Selbstkosten	4778,08 M.
	15 · 4778,08
15 vH Verdienst	= 716,71
	100
Verkaufspreis ab Wert	5494,79 M.

Ein anderes Beispiel, das die Kostenberechnung einer Gießerei in Verbindung mit einer Maschinenfabrik darstellt, soll nun behandelt werden:

Eine Gießerei hat den Auftrag, 3 Drehbankbetten herzustellen. Da eine Maschinenfabrik angegliedert ist, so sollen diese 3 Betten auch fertig bearbeitet werden. Vor der Inangriffnahme ist zunächst der 100 Kilogramm-Preis anzugeben, und zwar a) für den Rohguß, b) fertig bearbeitet. Gewicht eines Drehbankbettes 2000 Kilogramm. Das Modell hierzu wird geliefert.

Das Kalkulationsbüro der Gießerei hat nun an Hand der beifolgenden Zeichnung zunächst das rechnerische Gewicht zu bestimmen. Hierzu kommen für die Ausführung 10 vH Gewichtszufschlag, womit wir rund 2000 Kilogramm erhalten. Dieses Normalgewicht darf aber nicht überschritten werden, da der Kunde das Übergewicht nicht bezahlt; es sei dem, wenn noch eine Gewichtsmenge von 5 bis 8 vH mehr auf das Normalgewicht von 2000 Kilogramm vereinsbart wurde. Nach Feststellung des Gewichtes wird vom Formnermeister der Arbeiterlohn festgesetzt, bezugnehmend auch die Kernmacherlöhne. Nunmehr kann der Gießereikalkulator mit der Aufstellung der Kalkulation beginnen. Aus dem Schmelzbericht werden die Kosten des flüssigen Eisens entnommen.

So war es schon all die Jahre gegangen. Auf dem Papier erlachte man mehr oder weniger verblümt an, daß die Bespaltung in viele Verbände vom Uebel sei, rührte aber von oben herab keinen Finger, um sie zu vermindern. Die bislang erfolgten Versuchsleistungen waren ohne Zutun der Generalkommission geblieben.

Die Behandlung der Organisationsfrage auf dem Leipziger Kongress (1922) war nicht gerade ergebend; kein einziger neuer Gedanke kam zutage. Es wäre besser gewesen, wenn die Vertreter der Industrieverbände sich darauf beschränkt hätten, die in Tarnosen-Entschliessung enthaltene Duldung der Verbandsverschmelzungen durch Einbringung entsprechender Anträge in einen Beschlusse zu verwandeln, der den noch vorhandenen Berufsverbänden die Berechtigung zu fernem Widerstande nahm.

Daß der kurz nach dem Leipziger Gewerkschaftskongress abgehaltene Verbandstag der Fabrikarbeiter eine lange Entschliessung annahm, an deren Schluß der Vorstand ermächtigt wurde, die „Lösung vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Erwägung zu ziehen“, habe ich nicht ernst genommen. Die in der Bundesauschuss-Sitzung vom 3. Juli dieses Jahres von den Vertretern von 18 Verbänden abgegebene Erklärung, wonach sie „ihren Verbandsinstanzen die Frage vorlegen müßten, ob die Voraussetzungen für die fernere Zugehörigkeit zum Bund noch weiterhin als gegeben angesehen werden können“, hörte ich zwar schimmer an; aber als ich sie las, machte ich daran denken, was Fritz Reuter in seiner „Stromid“ sagt: „Der Besonnen ist das Beste für Menschen.“ Aber auch ohne diesen Schredensschuß sah die Sache verhalten genug aus und man muß es schon dem Bundesvorstand als Verdienst anrechnen, daß er einen Ausweg fand, der geeignet erscheint, mit dem bisherigen Schiedsrichter in der Organisationsfrage zu brechen. Nach seinem vom Breslauer Kongress angenommenen Antrage ist er verpflichtet, „auf Grund der neuen Bundesstatuten die Industrieverbände nach Möglichkeit zu fördern“. Das bedeutet eine vollständige geistige Umstellung im Vergleich zu den oben wiederholt angeführten Beschlüssen. Früher waren die Industrieverbände nur gebildet; jetzt ist es umgekehrt. Jetzt handelt es sich darum, den Beschlüssen durchzuführen und ich glaube, daß mit der früher geübten Verdingungsart Schluss sein wird. Auseinandersetzungen wird es freilich noch genug geben. Unsere bisherigen Erfahrungen berechtigen uns jedoch zu der Hoffnung, daß die allermeisten, bisher für unüberwindlich gehaltenen Hindernisse schnell und leicht überwunden sein werden, sobald auf beiden Seiten der nötige gute Wille vorhanden war.

Im Lager der Berufsverbände stehen sehr kluge und tüchtige Gewerkschafter. Nur wundert es mich, daß sie in der Frage der Organisationsform eine so gar gewisse Verzichtnahme zeigen. Diese Gewerkschaftsgenossen sind doch sonst nicht so ängstlich. Sie wollen doch auch nicht warten, bis die sozialistische Gesellschaftsordnung sich ganz allmählich, ganz langsam entwickelt (was nach unserer und ihrer Überzeugung doch tatsächlich geschehen muß), sondern sie arbeiten doch in verständnisvoller Weise mit daran, ihr die Wege zu ebnen. Nur bei der Weiterbildung der Organisationsform soll dies nicht möglich sein. Ich muß geteilt, daß für diese Art Vogel mein Verständnis nicht ausreicht.

Man redet und schreibt jetzt so viel von dem „neuen Aufgeben“ der Gewerkschaften. Ich glaube, es werden manchem bald die Augen darüber aufgehen, daß größere Einheitlichkeit in unserm Gewerkschaftswesen eine unerlässliche Vorbedingung zur Erlangung des Mitbestimmungsrechts auf wirtschaftlichem Gebiete ist.

A. Duff, Berlin.

## Die Lage der Arbeiter in Brasilien

Wenn man sich erinnert, wie Herr Castello Branco aus der letzten internationalen Arbeiterversammlung die Zustände Brasiliens feierte, so kann es von großem Nutzen sein, einiges über das Los der Arbeiter in diesem Lande zu sagen. Mit einer der Behauptungen des brasilianischen Regierungsvorstehers kann man ohne weiteres einig gehen: In der Verfassung sind tatsächlich zahlreiche Freiheiten festgelegt, aber im Laufe der Jahre so viele mit dieser Verfassung im Widerspruch stehende Gesetze eingeführt worden, daß sie mit Recht als toter Buchstabe bezeichnet wird.

So trat z. B. im Januar 1921 eine Einwanderungsverordnung in Kraft, die nicht nur jedem politischen Flüchtling den Aufenthalt in Brasilien so ziemlich unmöglich macht, sondern auf Grund vieldeutiger Formeln den Staat in die Möglichkeit versetzt, jeden ausländischen Fremden, der ihm aus irgendeinem Grunde unerwünscht ist, das Lande zu verweisen. Die gleiche Verordnung setzt den eingewanderten Arbeiter außerstande, an der Arbeiterbewegung tätig teilzunehmen oder in Wort und Schrift irgendwelche Kritik zu üben. Beteiligung an einem Streik kann für jeden eingewanderten Arbeiter die sofortige Ausweisung zur Folge haben. Jede Propaganda für den Sozialismus ist ausgeschlossen. Es sind Fälle bekannt, wo Personen, die bereits 25 Jahre in Brasilien anwesend waren, wegen solcher Propaganda des Landes verwiesen wurden.

Das Jahr 1923 brachte dann ein Pressegesetz, demzufolge jeder, der in einer Zeitung an der Regierung Kritik übt, gefangen gesetzt werden kann. Auf Grund dieser Verordnung sind im vergangenen Jahre verschiedene Journalisten verhaftet und mehrere Blätter verboten worden. Seit drei Jahren herrscht in der Mitte des Landes der Belagerungszustand und die härteste politische Diktatur. Die Zensur geht so weit, daß alle Postsendungen aus und nach dem Lande gesperrt werden und das Briefgeheimnis aufs schimpflichste verletzt wird.

Laut Verfassung besteht allerdings das Versammlungs- und Vereinsrecht, die Unternehmer sind jedoch in der Lage, jede Arbeiter-versammlung, die „eventuell“ einen Streik beschließen könnte, durch Polizeigewalt auflösen zu lassen. Es kann in solchen Fällen geschehen, daß die betreffenden Organisationen aufgelöst, ihre Versammlungen beschlagnahmt und die Leiter verhaftet werden. Daß bei einem tatsächlich ausbrechenden Arbeitskonflikt sofort alle Leiter verhaftet werden, ist nicht verwunderlich. Bei einem Streik, den die noch nicht organisierten Lektarbeiter von Sao Paulo im vergangenen Jahre

durchführten, rückte sogar ohne vorherige Warnung die Polizei mit blanker Waffe gegen die Demonstration vor, wobei zahlreiche Männer und Frauen verwundet wurden. Das gleiche geschah bei einem Textilarbeiterstreik in Rio de Janeiro, wo im April 1925 ohne jeden Grund auf die Arbeiter geschossen wurde. Im August 1924 wurden in Sao Paulo ebenfalls grundlos 50 Führer der Arbeiterorganisationen verhaftet. Noch heute sind diese Opfer der politischen Diktatur nicht in Freiheit. Andere Führer wurden in ungesunde Gebiete verbannt.

Wie weit die Korruption geht, zeigen folgende Ausführungen der in deutscher Sprache erscheinenden reaktionären „Kolonisierung“, in der die Einmischung der Polizei zugunsten der Unternehmer ohne Umschweife zugegeben wird:

„Polizeiliche Streitverhütung. Durch polizeiliches Eingreifen wurde ein Streik der Strassenbahnangestellten der Cantareira-Gesellschaft in Rio de Janeiro (Sao Rio de Janeiro) im Reim erstickt. Schlichter und Führer waren mit ihren Beschlüssen unzufrieden und hielten Versprechungen in einem Hause der Rua Coronel Gomes Machado in Rio de Janeiro ab. Die Polizei hatte Wind von der Versammlung erhalten und im Interesse der englischen Gesellschaft taten als Motorfahrer verkleideten Volksgenossen zu der zweiten Versammlung einstrahlte. In dieser Versammlung wurde der friedliche Streik beschlossen. Unter anderem wollten die Angestellten Erhöhung der Gehälter, Abschaffung der Geldstrafen und der Schadenersatzpflicht. Außerdem forderten sie die Entlassung eines Beamten, der die Angestellten schikanierte. Im Nichtbewilligungsfalle ihrer Forderungen wollten sie in den Ausstand treten. Am selben Tage wurden die Teilnehmer der Versammlung von der Polizei festgenommen und erst nach sechs Stunden wieder freigelassen, nachdem sie sich verpflichtet hatten, an keiner Streikbewegung teilzunehmen oder eine solche zu befürworten. Als die Direktion der Cantareira von diesen Tatsachen erfuhr, hat sie die betreffenden langjährigen Angestellten sofort entlassen.“

Während die Polizei im Namen der Regierung in dieser Weise dem Unternehmertum beisteht, ist es andererseits unter Ausdrohung der Verhaftung oder Entlassung den Arbeitern verboten, den Unternehmern Kollektivvertragsentwürfe zu unterbreiten, die irgendwelche Lohnerhöhungen vorsehen. So sieht es in Brasilien mit den von Herrn Castello Branco so gepriesenen Freiheiten aus!

## Was eine Arbeiterregierung vollbringt

Die Arbeiterregierung von Queensland (Australien) hat einen Plan für Kinderhilfe beschlossen, dessen wesentliche Bestimmungen folgende sind: Alle Kinder nach dem ersten Geborenen erhalten bis zum 14. Lebensjahr eine Unterstützung von 5 Schilling (etwa 5 M.) die Woche, vorausgesetzt, daß das jährliche Einkommen des Brotverdieners 400 Pfund (8000 M.) nicht übersteigt. Zu diesem Zweck wird eine Steuer von 5 vH von der Gesamtsumme der von den Unternehmern gezahlten Löhne erhoben. Bestehende Lohnsätze dürfen durch diese Unterstützung nicht in Mitleidenhaft gezogen werden. Der Plan tritt am 1. Juli 1926 in Kraft.

Diesen gleichlichen Bestimmungen fügt der Westrafford Worter vom 21. August folgende Erläuterung bei: Die Unterstützung wird an die Mütter der Kinder erichtet. Die Unterstützungsberechtigten müssen eine Aufenthaltserklärung beibringen; Eingewanderte (Nichtaustralier) sind von dem Genus ausgeschlossen. Die Regierung ist ermächtigt, den Plan weiter auszubehnen. Diese Unterstützung wird etwa 2,2 Millionen Pfund im Jahr kosten; jeden Monat werden von der Industrie 200 000 Pfund erhoben werden.

## Richter, Angeklagte und streikende Justizbeamte

Anfang September streikten in Österreich die Bundesbeamten. Da die Beamten in Wien gut organisiert sind, war der Streik ein vollständiger. Der Bewegung hatten sich auch die Justizbeamten angeschlossen. Am 10. September, vormittags 10 Uhr, legten diese wie die übrigen die Arbeit nieder, um an einer Massendemonstration teilzunehmen. Einige Richter hatten trotzdem um 9 Uhr vormittags Verhandlungen angefangen. Im Verhandlungssaal 8 wurde, wie der Wiener Abendbericht, der Vorsitzende um 10 Uhr von einer Abordnung der Streikenden aufgefordert, die Verhandlungen abzubrechen. Als dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, drängten die streikenden Justizwachbeamten die Angeklagten, Zeugen und Zuhörer mit sanfter Gewalt aus dem Saale. Die Verhandlungen konnten selbstverständlich hierauf nicht mehr fortgeführt werden. Verteidiger und Richter blieben verduzt allein zurück. Der Richter eines Schöffengerichts hatte ebenfalls eine Verhandlung angefangen. Streikende erschienen auch hier, um den den Häftling bewachenden Wachmann aufzufordern, sich dem Streik anzuschließen. Um den Häftling am Entweichen zu hindern, wollten sie ihn gleich mitnehmen. Der Richter glaubte jedoch verfügen zu dürfen, daß der Häftling und Wachmann in Saale zu bleiben hätten. Nach einigen Minuten lehrten die Streikenden zurück und führten den Wachmann samt dem Häftling aus dem Saale. Da ein Angeklagter nicht mehr vorhanden war, mußte der heftig gaffende Herr Hofrat auch hier die Verhandlung schließen. Die richterliche Gewalt geschickte an der Macht der streikenden Beamten. Wäre so etwas in Deutschland möglich?

Lohnsteigerung in den Vereinigten Staaten. Das amerikanische Arbeitsministerium, das von den größten Unternehmungen der führenden Industrien regelmäßig Angaben über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und die zur Auszahlung gelangenden Lohnsummen erhält, teilt mit, daß mit sehr wenigen Ausnahmen die Löhne der Industriearbeiter in den Vereinigten Staaten im Vergleich zum vergangenen Jahre gestiegen sind. So belaufen sich die Hundertsätze der Erhöhungen zum Beispiel für die Automobilindustrie auf 17,2 vH, der Eisen- und Stahlarbeiter auf 12 vH, der Kurzwarenarbeiter auf 8 vH, der Möbelschneider und der Schuh- und Lederarbeiter auf 4 vH.

Kalkulation:	
flüssiges Eisen kostet je 100 kg laut Schmelzbericht	14,— M.
Formen und Kernmacher kosten je 100 kg	5,—
Unkosten (angenommen) 200 vH	10,—
	Selbstkosten je 100 kg 29,— M.
	Verdienst 10 vH = 2,90
Verkaufspreis je 100 kg ab Wert	31,90 M.
	oder rund 32,—
Da man heute aber meistens den Stückpreis vorzieht, müssen wir unsere Berechnung umstellen.	
	32 · 2000 = 640 M. je Stück
	100
Milch beträgt der Verkaufspreis ab Wert für 3 Drehbankbetten 3 X 640 = 1920 M. Nachdem man der angegliederten Maschinenfabrik die Zeichnung gemäß Feststellung der Bearbeitungskosten zugehen hat, kalkuliert sie etwa folgendermaßen:	
Aufreißen, Hobeln, Stoßen und Fräsen, Löhne	90,— M.
Unkostenfab der Maschinenfabrik sei 250 vH	= 75,—
Materialkosten	125,—
	Selbstkosten = 105,— M.
	Verdienst (15 vH) 15,75
Verkaufspreis ab Wert	120,75 M.
Rund 121 M. Bearbeitungspreis für 1 Stück oder 3 · 121 = 363 M. insgesamt. Es kosten somit die angefragten 3 Stück Drehbankbetten fertig und fertig	1092,— M.
	121,—
	zusammen ab Wert 2011 M.
Für hoch beanspruchter Maschinengutz mit einer Festigkeit von etwa 18 bis 25 Kilogramm je Quadratmillimeter gestaltet sich die Kalkulation etwa anders. Hinsichtlich der angeführten Festigkeit sei	

erläuternd beifügt, daß hoch beanspruchtes Gußeisen mit 8 Stück angelegten Probekörpern versehen sein müssen, die nach dem Guß allseitig sauber und genau auf 20 Millimeter Durchmesser zu bearbeiten sind. Diese Stücke dürfen auf der Zerkleinsmaschine erst bei 18 bis 25 Kilogramm Belastung je Quadratmillimeter zerreißen, also ein Quadratmillimeter Fläche eines Stabes muß den Zug von 18 bis 25 Kilogramm aushalten können. Wäre ein Stab zum Beispiel bei einer Belastung von 6000 Kilogramm zerfallen, so entspräche dieser Belastung eine Zerkleinsfestigkeit von 18 Kilogramm je Quadratmillimeter. Der Zerkleinskur wird in den Fällen, wo hochwertiger Guß in Frage kommt, seine Ermittlung so berechnen müssen, daß das Fertigfabrikat ein kleines Korn erhält, um die vorgeschriebenen Festigkeitszahlen mit Sicherheit zu erreichen.

	Preis je 100 kg	M.
Spezialmischung:		
10 Prozent Hamalit	11,50	1,15
10 Zylinderisen, Schaß	11,20	1,12
10 Polystyrolisen	13,—	1,30
10 Stahlschienen	8,50	—,85
20 Gießerei-Rohisen III	9,50	1,90
40 Zylinderbruch	8,—	—,80
	100 Prozent Löhne	8,52
Schmelzlofen laut Schmelzbericht je 100 kg	5,50	
flüssiges Eisen kostet je 100 kg	15,02	
Hierzu Formerlohn je 100 kg	7,—	
Kernmacher	100	8,—
Unkostenfab sei 200 vH =	200 · 10	20,—
	100	
Selbstkostenpreis je 100 kg	45,02	
Verdienst (20 vH)	9,—	
Verkaufspreis für den Rohguß je 100 kg	54,02	
	oder rund 54,50	

### Sozialpolitische Rechenschaftsliste

Die von dem Reichsarbeitsministerium vorgenommene Widerlegung der Behauptungen des Unternehmertums über die soziale Lage der deutschen Industrie hatte zur Folge, daß die dahingehenden Klagen für einige Zeit verstummten. Das der Öffentlichkeit unterbreitete Material ließ keinen Zweifel darüber offen, daß die von den Unternehmern aufgestellten Berechnungen, soweit sie nicht vollständig unrichtig waren, ungeheure Übertreibungen aufwiesen. Neuerdings werden jedoch die Auseinandersetzungen über die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Beiträge zur Sozialversicherung wieder fortgesetzt. In mehreren Veröffentlichungen in der Tagespresse wurde die Berechnung der deutschen Arbeitgeberverbände festgehalten, daß die Beiträge der Reichsarbeitsministeriums zu niedrig, mindestens aber durch die Neuregelung der Invaliden- und Angestelltenversicherung mit ihrer Beitrags- und Leistungssteigerung jetzt überhöht sei.

Dieser Behauptungen liegt eine Abhandlung des bekannten Generaldirektors Dr. Piatigabel über den Aufwand für die Sozialversicherung zugrunde. Paris wird angenommen, daß Industrie und Handel rund 71 Millionen Arbeiter mit einem Jahresarbeitsverdienst von mindestens 1000 M., die Landwirtschaft 7 Millionen Arbeiter mit einem Jahresarbeitsverdienst von 700 M., zusammen 18 Millionen Arbeiter mit dem Gesamteinkommen von 21,4 Milliarden beschäftigt. Von dieser Lohnsumme erhalte die Sozialversicherung an Beiträgen 2247 Millionen, welcher Aufwand sich durch den Reichszuschuß von 560 Millionen für Invalidenversicherung, Erwerbsloshilfsfürsorge und Waghilfe auf 2807 Millionen Markt erhöhe. Damit wurde zwar angegeben, daß die früher von den Unternehmern aufgestellte Berechnung um 12 Millionen zu hoch war. Dennoch würde auch der jetzt behauptete Betrag gegenüber der Zeit vor dem Kriege eine beträchtliche Steigerung aufweisen.

Aber auch diese Rechnung erweist sich nach einer Entgegnung des Ministerialdirektors Grieser vom Reichsarbeitsministerium als falsch und auf völlig irigen Voraussetzungen beruhend. Er stellt fest, daß die Beiträge für die Sozialversicherung nicht, wie die Berechnungen Piatigabels annehmen, für Kalenderwochen, sondern für Beschäftigungswochen gezahlt werden. So ergeben sich nach den Ergebnissen der Invalidenversicherung für 18 Millionen pflichtverpflichtete Arbeiter anstatt 832 nur 600 Millionen Beitragswochen, dazu 20 Millionen Beitragswochen für 700 000 freiwillig Versicherte. Es entfielen also auf einen Versicherten nur 35,5 Beschäftigungswochen, mit anderen Worten: aus 16 Millionen Versicherten werden 11,6 Millionen Vollarbeiter gegenüber 18 Millionen, wie sie nach der Unternehmensrechnung vorhanden sein sollen. Das Jahr 1913 ergab 814 Millionen Beitragswochen, so daß selbst nach einem Abzug für die abgetretenen Gebiete das Beitragswochenaufkommen für 1924 sehr wesentlich hinter dem des Jahres 1913 zurückbleibt.

Doch nicht nur dieser Fehler ist in den Berechnungen der Unternehmer vorhanden, auch der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst mit 1500 M. ist um nahezu 50 v. u. zu hoch berechnet, weil die Beitragsleistung der Invalidenversicherung nur ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 1040 M. ergibt. Ferner betragen die Beitragseinnahmen für die Monate August 1921 bis April 1925 bei der Invalidenversicherung nur 440 Millionen, welcher Betrag sich selbst bei Verdoppelung der Beitragseinnahmen aus dem ersten Halbjahr 1925 nur auf 470 Millionen erhöhen würde. Dennoch wird, besonders nachdem wieder mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß, die ab 1. Oktober d. J. eintretende Beitragserhöhung von keinem besonderen Einfluß sein und der Reichszuschuß sich nach den Berechnungen des Reichsversicherungsamts nur auf 150 bis 155 Millionen Markt belaufen.

Wie bei der Invalidenversicherung rechnet auch die Krankenversicherung mit Beschäftigungswochen. Außerdem kommen für die Beitragserhebung die Krankheitswochen in Abrechnung. Im Jahre 1924 zählten die Krankenkassen 30 Millionen Krankheitswochen, was die Beitragssumme für die Sozialversicherung ganz wesentlich herabmindert. Ähnliche Verhältnisse stellen sich bei der Angestellten- und Unfallversicherung heraus, womit die von den Unternehmern für ihre Behauptungen aufgestellten Zahlen in jeder Hinsicht hinwiegend werden. Daß diese Feststellung hinreichend, die Unternehmer von der Unzuständigkeit und Zwecklosigkeit weiterer Angriffe gegen die Sozialversicherung zu überzeugen, wird bezweifelt werden müssen. Die Sozialversicherung wie die gesamte Sozialpolitik war ihnen von jeher ein Dorn im Auge und sie haben von allem Anfang an ihrer Einführung wie Durchführung den stärksten und hartnäckigsten Widerstand entgegengebracht. Das Unternehmertum will keine Sozialpolitik, weil es glaubt, dadurch in seiner Ausbeutungsfreiheit behindert zu werden, ohne sozialpolitische Hemmungen höhere Profite einzufahren zu können.

Dieser verkehrte Standpunkt entspricht der von jeder herrschenden kapitalistischen Auffassung, die in dem Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft ihr höchstes Ideal erblickt. In diesem Punkte hat sich der heutige Kapitalismus von dem früheren in nichts geändert. Er betrachtet den Arbeiter nicht als Mensch, sondern nur als Ausbeutungssubjekt. Was aus dem Arbeiter wird, wenn seine Arbeitskraft erschöpft, seine Gesundheit zugrunde gerichtet ist, danach fragt er nicht. Diese Stellung nimmt er auch gegenüber der gesamten Arbeiterklasse ein. Die Folgen für Staat und Wirtschaft sind dem Kapitalismus gleichgültig; er ist in seiner Ausbeutungsgier nur zu sehr bis zur Selbstvernichtung. Aus diesem Grunde ist selbst der kapitalistische Staat aus jenes Bestehens willen gezwungen, den Ausbeutungsgelüsten des Unternehmertums durch sozialpolitische Maßnahmen entgegenzutreten, die freilich — solange die Arbeiterklasse noch nicht den erforderlichen Einfluß im Staate auszuüben vermag — sich auf sozialpolitische Bettelarbeiten beschränken.

Aber diesen Zustand sind wir in Deutschland noch nicht allgemein hingenommen. Die deutsche Sozialpolitik gewährt dem Arbeiter auf allen Gebieten nur das Notwendigste, um in Zeiten der Erwerbslosigkeit oder Erwerbslosigkeit kein Dasein zu führen. Dennoch werden die Unternehmer nicht müde, selbst dieses Mindestmaß an Sozialpolitik als untragbar zu bezeichnen und alle Kräfte darauf zu richten, die soziale Lage der Arbeiterklasse zu verschlechtern. Um so empfindbarer müssen die Arbeiter diesen unzulänglichen und hohnvollen Bestrebungen des Unternehmertums entgegenzutreten. Sie dürfen sich durch die sozialpolitischen Bettelarbeiten des Unternehmertums nicht betören lassen und an den sozialen Erwerbsfragen nicht teilhaben lassen. Nicht bloß, sondern weiterer Ausbau der deutschen Sozialpolitik ist notwendig, wenn die Lage der Arbeiter, zugleich aber auch der gesamten Wirtschaft gebessert werden soll. **Kattina**

### Die siebente Großmacht

Nacht einer fernen Welt

Die fünfte Nacht des öffentlichen Lebens ist die Feste. Wer über eine große Zeitung oder sogar, wie es bei Jungenberg, Gindorf, Hoffe, Wolff und Schmal der Fall ist, über mehrere verfügt, ist eine öffentliche Macht. Ein solcher Mensch kann die Öffentlichkeit nach seinem Willen beeinflussen; er kann eine öffentliche Meinung herstellen, die in Wirklichkeit keine öffentliche, sondern eine diktatorische ist; er kann, wie Hoffe einmal sagt, alle Kräfte des Volksglaubens vereinigen und dem Volk das gefügige Lob und auch die fernen Leiden.

In Deutschland befinden sich 80 v. u. der Zeitungen in Abhängigkeit vom Großkapital. Doch nicht nur die Zeitungen, sondern auch die großen Wochenzeitschriften befinden sich in dessen Händen. Man überlasse nur einmal die lange Seite des Reichsanzeigers, die für die öffentliche Meinung der ganzen Nation, Jungenberg, ausgegeben von der Zeitungsgesellschaft (ZG) des Reichs- und Städtischen Reichsanzeigers, unterrichtet, unterrichtet zu werden vermögen. Es werden dann die öffentlichen Zeitungen in gewaltigen Auflagen gedruckt und die Privatblätter mit anderen Tagesblättern beilegt. So werden die großen Zeitungsunternehmen weit über ihren eigenen Bereich hinaus hinaus. Ausgesprochen politische Zeitungen werden in diesem Frühjahr in Deutschland 1293 gedruckt. Daneben

gibt es noch 1635 sogenannte parteilose, die die gefährlichste Gattung darstellen. Außerdem bestehen noch 188 sogenannte amtliche Blätter, die hauptsächlich auf dem Lande als Kreisblätter erscheinen und ebenfalls den bürgerlichen Wählern zugerechnet sind. Den insgesamt 2666 bürgerlichen Tagesblättern stehen nur 141 sozialdemokratische, 20 kommunistische und 2 unabhängige-sozialistische Zeitungen gegenüber.

Hier zeigt sich die Schwäche des arbeitenden Volkes. Die ungeheure Masse der Hand- und Kopfarbeiter, die drei Viertel des gesamten Volkes ausmachen, haben ihre geschichtliche Mission noch nicht begriffen, sonst würden sie nicht in ihrer übertragene Klasse die bürgerliche und farblose Presse unterstützen. Die Volksmassen haben noch nicht selbständig denken gelernt, sondern sie beziehen ihre Gedanken tagtäglich fertig zum Gebrauch von jenen Leuten, von denen Bismarck sagte, daß sie ihren Verstand verlehrt hätten, und die Laßalle folgendermaßen charakterisierte: „Das sind die modernen Landsknechte von der Feste, das geistige Proletariat, das stehende Heer der Zeitungsschreiber, das öffentliche Meinung macht und dem Volke tiefer Wunden geschlagen hat, als das stehende Heer der Soldaten; denn dieses hält doch nur durch äußere Gewalt das Volk zu Boden, jenes bringt ihm die innere Fäulnis, vergiftet ihm Blut und Säfte!“

Aber eine andere Macht ist heute entstanden, an die Laßalle nicht zu denken vermochte: Die freie Gewerkschafts-Presse. Sie ist ein gewaltiges Machtmittel der Arbeiterklasse. Sie erscheint in einer Auflage von 8 Millionen. Zwar gibt es hier eine Gruppe von Verehrern, die es bei der Tagespresse nicht gibt, die Reichsleiter. Dennoch ist die freie Gewerkschafts-Presse die gewaltigste Presse-macht Deutschlands. Ihre Aufgabe ist es, die Vorurteile zu zerstören, die den Lesern von der falschen Tagespresse eingeimpft werden und zu unserer aller Freude sei es festgestellt, daß die Gewerkschafts-Presse zu heute mit der vor 15 Jahren fast kaum zu vergleichen ist. Sie ist über sich selbst hinausgewachsen. Heute werden in der Gewerkschafts-Presse Probleme erörtert, an die man vor zehn Jahren kaum zu denken vermochte.

Wohlau denn, ihr Millionen, das Blatt, das ihr da in der Hand haltet, ist eure stärkste Waffe. Sie ist in der Lage, die Übermacht der bürgerlichen Presse auszugleichen, wenn ihr sie nur unter-stützt und vor allem sie lest vom Anfang bis zum Ende.

### Die Stärke der Gewerkschaften

Die gegenwärtige Streitbewegung in Deutschland veranlaßt die Unternehmerr-Presse, sich besonders mit der Stärke der freien Gewerkschaften zu beschäftigen. Sie hebt hervor, daß vom Jahre 1922 bis 1924 die Mitgliederzahl von 8 auf 4 1/2 Millionen gesunken sei. Sie will sogar an Hand der Zeitungsaufgaben, Beitragsleistungen usw. feststellen, daß eigentlich nur 3 1/2 Millionen freigeberlich organisierte Arbeiter vorhanden sind. Und was seien selbst 4,5 Millionen im Vergleich zur gesamten deutschen Arbeiterklasse von 19 Millionen?

Ganz abgesehen von dem Zweck solchen Geschreibels, sind die Schlussfolgerungen natürlich falsch. Die Mitgliederzahlen sind errechnet nach dem jeweiligen Kartenumsatz. In der Regel nicht eingerechnet sind ferner die Kranken- und Erwerbslosen. Gerade aber den Unternehmern dürfte bekannt sein, daß die ungünstigen Verhältnisse des Krieges und der Nachkriegszeit mehr und mehr die Krankheitsfälle mit sich brachten, als die gute alte Zeit. Besser noch als vor werden die Unternehmer ferner wissen, daß der große Teil der unter-lügigen, ausgebeuteten und nicht bezugsberechtigten Erwerbslosen in erster Linie auf die Strafe geworfen wurde, weil sie tatkräftige Mitglieder der freien Gewerkschaften waren.

Diese Arbeiter sind bei der augenblicklichen Wirtschaftslage in den Betrieben zu entbehren. Trotzdem so unsere besten Kämpfer lahmgelegt wurden, liegen die Unternehmer Stein und Bein über die hohen Löhne und sozialen Lasten. Eine Gesundung der Wirtschaft muß und wird eines Tages kommen. Dann werden auch diese Leute in die Betriebe zurückkehren. Und wenn die Herrschaften heute einen Widerspruch zwischen unseren Mitgliederzahlen und „dem Auf-treten mancher Gewerkschaftsführer, die sich immer wieder anmaßen, im Namen der deutschen Arbeiterklasse zu sprechen“ (Deutsche Berg-werkszeitung), dann werden sie in der Zukunft schon erleben, wie groß in Wirklichkeit die Stärke der freien Gewerkschaften ist.

Unsere Mitglieder aber sollten solche Ausführungen eine Mah-nung sein. Sie sehen daraus, daß die Unternehmer unsere Bewegung mit wachsenden Augen verfolgen. Würde jedes einzelne Verbands-mitglied neben dem Zahlen der Verbandbeiträge keine Pflicht er-füllen und sein Teil dazu beitragen, daß auch sein Mitarbeiter sich der Organisation anschließt, dann würden wir bald besser dastehen, als dies heute der Fall ist. Auch das letzte Verbandmitglied müßte sich veranlaßt fühlen, während einer Woche nur ein neues Mit-glied der Organisation zuzuführen, dann würde es bald keine Un-organisierten mehr geben. Das Unternehmertum aber würde auch dieses wissen, und so manche Drohung, wie die Aussperrung von Textilarbeitern, Banarbeitern, die Verhöhnung der Arbeiter bei Lohn-verhandlungen der Bergarbeiter, Eisenbahner, Köhler usw., würde unersiehbar.

### Die Feier unserer Stuttgarter Subilare

Auf den 12. September hatte die Stuttgarter Ortsverwaltung ihre Mitglieder, die 25 und mehr Jahre dem Verbands angehören, zu einer Feier geladen. An die hundert Kollegen waren dem Ruf gefolgt. Allgemein freudiges Stimmchen ob der hohen Zahl der alten Mitglieder, und darunter nicht wenige, deren Organisationsjahre der 35 nahe kommen. Ziele von den alten Kämpen, die einst eng vereint an dem Aufbau des Verbandes gearbeitet, dann aber von persönlichem, familiärem oder wirtschaftlichem Schicksal räumlich getrennt wurden, schüttelten sich freudig die Hände. Kollege Stranz von der Orts-verwaltung begrüßte die Jubilare und überreichte ihnen ein feines Gedächtnis, ein Kamerad der jüngeren Generation, dem Kollegen Christian gelang es, zu zeigen, daß Carlo nicht ganz unerkennbar ist. Zusammen kamen wurden Reden gehalten über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Verbandes von den Kollegen Alexander Eglitz, Georg Reichel, Fritz Schumacher, Theodor Werner und Hans Scherer. Da sich ebenfalls der Vorstand des Metall-arbeitervereins rechtliche Nähe gab, für das leibliche Wohl der modernen Seite der Jubilare in jubelndster Weise zu sorgen, so läßt sich erwarten, daß die Feier ebenso würdig wie freudig war und un-vergesslich. Die Jahrzehnte alte Kameradschaft, Treue und Opfer-bereitschaft für den Verband ward noch fester gestiftet.

### Deutsche Gewerkschafter nach Amerika

Am 17. September hat eine Abordnung deutscher Gewerkschafter auf dem Kontinent eine Reise nach den Vereinigten Staaten an-gefangen zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Abord-nung wird auch den im Oktober in Atlantic City tagenden Gewerkschafts-Kongress besuchen und, wenn eine amerikanische Meldung richtig ist, vom Kongressen Caselle empfangen werden. Die Abordnung ist für präzisieren aus je zwei Vertretern des DGB-Vorstandes, der Verbände der Bergarbeiter, Eisenbahner, Holzarbeiter und des Reichsbundes, sowie je einem Vertreter des MA-Bundes, der Arbeiterbund und der Verbände der Bekleidungsarbeiter, Gemeinbe- und Eisenarbeiter und Lebensmittel- und Getreidearbeiter.

Reformen kommen von unten. Denn wer die Hand voll Krämpfe hat, weiß nicht, daß die Karte neu gemischt wird. Reformen können nur von unten kommen, weil die Führer der gewerkschaftlichen Höfe nicht genügt sind, ihre vorläufige Stellung anzugeben. Die Ober-kunft verweigert mit allem Nachdruck ihre gültige Stellung, ob sie richtig oder unrichtig, richtig oder falsch ist. Dabei kommt ihr Wissen und Macht trefflich zustatten. Sie ist ohne Macht und Wissen der Unterwürigkeit nicht aus ihrer Stellung zu bringen. Daher muß die Unterwürigkeit der Oberkunft an Wissen und Macht mindestens gleich-kommen. Wissen und Macht aber können sich die Angehörigen der Unterwürigkeit allein nicht erwerben. Dazu bedürfen sie des gewerkschaftlichen und politischen Informationsstandes mit ihrer Stellung. Obiges hätte sich die Oberkunft längst nicht mehr in ihrer Stellung halten können, wäre die Unterwürigkeit nicht gleichgültig und unzufrieden ist.

### Schriftenschau

**Zahner Hinter der Vete.** Historischer Kalender. 128. Jahrgang für das Jahr 1928. Preis 50 J. Verlagsbuchhandlung Moritz Schauen-burg, Jahr i. B.

**Der Kleine Brodhaus.** Die sechste Lieferung ist erschienen. Sie bietet wieder eine überreiche Fülle interessanter Stoffe in Wort und Bild. Wir machen zum Beispiel auf die Übersicht „Hauptdaten der Weltliteratur“ aufmerksam, die mit 3000 v. Chr. beginnt und mit der wichtigsten dichterischen Erscheinungen der Gegenwart endet. Eine prächtige Probe, wie der Kleine Brodhaus auch im Bild ganz un-parteiisch über die Schöpfungen der Menschheit zu berichten versteht, sind die beiden Tafeln „Malerei“. Auf ihnen sind Darstellungen aus dem frühesten Altertum und sogar aus der Eiszeit vereinigt mit Schöpfungen der modernsten Kunstströmungen, unter denen eine Ver-treibung aus dem Paradies auffällt. Überall, wo man hinschaut, findet man wertvollen Stoff in der neuesten Fassung. Der ermäßigte Sub-skriptionspreis (zehn Lieferungen zu je 1,90 M.) gilt nur noch bis Ende September und es ist ratsam, sich um den Kleinen Brodhaus zu bemühen. — Der Stein der Weisen und das Perpetuum mobile waren das Ziel der Alchimisten und Geheimwissenschaftler im Mittel-alter. Die 7. Lieferung des Kleinen Brodhaus bringt uns eine alte Abbildung eines geplanten Perpetuum mobile, jener Maschine, die ununterbrochene Arbeit ohne erneuerte Antriebskraft leisten soll: Ein Mühlrad, über das Wasser fließt, welches durch eigene Kraft wieder gehoben wird, um wieder über das Mühlrad zu fließen. Auf diese Weise soll ein ewiger Kreislauf des Wassers und infolgedessen eine un-ausgeschöpfte Bewegung des an die Mühlradwelle angehängten Schleif-steins hervorgerufen werden. Heute wissen wir, daß das Perpetuum mobile eine Unmöglichkeit ist, und daß der Gedanke, es zu konstruieren, auf einer Unkenntnis der Naturgesetze beruht. Die neue Lieferung des Kleinen Brodhaus weiß uns auch sonst viel Interessantes zu be-richten. Eine Übersicht über die Entwicklung der Musik und der Oper geben uns ein klares Bild des ganzen Verdegangs des Tonreiches, dessen überlieferte Anfänge bis weit ins Altertum zurückgehen. Bilz-sammlet finden zwei reichhaltige Bilztafeln in zum Teil farbiger Aus-führung; die Tafeln warnen vor den giftigen Bilzen, die eßbaren werden von den ungenießbaren, aber harmlosen Bilzen unterschieden. Verlagsbuchhandlung Emil Fink, Stuttgart, Schloßstr. 84.

**Wanderjahre in Mexiko** von Emil Landenberger. Verlag F. A. Brodhaus, Leipzig. Mit 86 Abbildungen und einer Karte. Das Buch erzählt über Mexiko in der Art der Nachmittagsgeschichten. Der Verfasser bleibt an der Oberfläche haften, das Verständnis für die Ursachen der mexikanischen Dinge geht ihm ab, den gewaltigen Um-schwung, der sich vollzogen, seitdem Diaz in die Grube gefahren, scheint er kaum zu ahnen. Auf den 300 Seiten hätte ein anderer manche Rinde in der Kenntnis des noch sehr der Erforschung bedürftigen Landes ausgefüllt.

**Bauer und Republik** behandelt die Illustrierte Reichsbanner-Zeitung in ihrer Nr. 36. Die brennende Frage des Bundesunges wird an der Hand der gesetzlichen Regelung im Freistaat Anhalt vom Landtagspräsidenten Heinrich Feus behandelt. Kapitän Persius schildert in einem bildreichen Aufsatz das moderne Japan. Die Illustrierte Reichsbanner-Zeitung ist in jeder Buchhandlung, durch die Post und bei den Ortsgruppen des Reichsbanners zum Preise von 20 J zu haben.

### Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 4. Okt. ist der 41. Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. Oktober 1923 fällig.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungstellen Reisgeld erhalten. Das Auf-suchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklassen:				Beginn der Beitrags-erhebung
	I	II	III	IV	
Bernsdorf	10	10	10	5	40. Woche
Bitterfeld	20	15	10	—	41. "
Braunenburg	80	15	10	5	41. "
Crimmitschau	20	15	—	—	41. "
Glogau	20	15	—	—	40. "
Göttingen	30	15	10	—	42. "
Halberstadt	15	15	5	5	40. "
Neuhaldensleben	10	10	10	—	40. "
Neumünster	20	15	10	—	41. "
Schwerin	20	15	—	—	40. "
Stolberg	20	15	10	5	40. "
Triebitz	20	15	10	—	40. "
Waldrobe	20	15	—	—	39. "
Zirndorf	20	15	10	5	41. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge. Stuttgart, Abtestraße 16. Der Vorstandsvorsitz.

### Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Elektromotoren nach Danzig St.; von Feilenarbeitern nach Berlin L.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig („The Inter-national Shipbuilding and Engineering Co. Ltd.“, „Dan-ziger Werft und Eisenbahnwerkstätten A.-G.“) St.; nach Detmold (Sippische Metallindustrie) M.; von Tafelgeräteearbeitern nach Hanau (Fr. Keußwig) A. L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Stadt; St. = Streit; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Orts-verwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der be-treffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Entsendung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftbild ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

### Verbandsanzeigen

**Friedrichshafen.** Zum Geschäftsführer wurde Kollege Friedrich Gailer (Königsheim) gewählt. Den andern Bewerbern sei gedankt.

**Waldroben.** Geschäftsführer gesucht. Eintritt sofort. 10 Jahre Mit-gliedschaft Bedingung. Gehalt nach den Verhältnissen des Verbands, besonders im Kaffeewesen gründlich vertraut und rednerisch befähigt sein. Bewerbungen mit Angabe des Alters, Beruf, Familien-verhältnisse und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis 18. Oktober an die Bezirksleitung Brandenburg des DGB, S. Scheffler, Berlin NW 3, Stephanstr. 29.

**Geiseltal** wird von der Verwaltungstelle Einwarden-Rordenham der Kollege Fritz Pohl, Schiffbauerei, geboren am 6. Juni 1893 zu Wilhelmshafen, organisiert seit dem 22. Dezember 1922, eingetreten zu Bremen, Mitgliedsnummer 5 276 765.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Abtestraße 16